

# Deutsche Bäcker- und Konditorei-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Gebäckbäuer, Arbeitern u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Reksindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Erscheint jeden Donnerstag.  
Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Abonnementspreis pro dreigepaltene Zeitung 50 Pf., für die Zählfüllchen 30 Pf.

## Ernährungsfrage und Agrarpolitik.

Der gegenwärtige Zustand unserer Ernährungswirtschaft beweist uns, in welcher verhängnisvollen Abhängigkeit sich die Bevölkerung der Städte und Industriegegenden gegenüber den landwirtschaftlichen Produzenten befindet. Schief ist der Gegensatz zwischen Stadt und Land hervorgebracht, und es bedarf starker Selbstbeherrschung derjenigen, wenn die, die unter dem Versagen unseres Agrarsystems jetzt Not und Unterernährung leiden, auch gegenüber einer so offensiven Ungleichheit noch die Notwendigkeit erkennen sollen, daß trotzdem und alleden durchgeholt werden muß. Denn nicht allein um die Frage handelt es sich, ob unsere Ernährungswirtschaft sich bewahrt hat. Hierüber dürfte es bei allen, die beruflich und politisch nicht zum Agrarzirkus gehören, nur eine übereinstimmende Meinung geben. Es steht eben die Zukunftsgenossenschaft des ganzen Volkes auf dem Spiele und dieser Gesichtspunkt legt den Massen, die jetzt nicht fett zu essen haben, eine Disziplin auf, deren moralische Größe im umgedrehten Verhältnis zu den Praktiken steht, die im Verlauf des Krieges auf dem Lebensmittelmarkt zutaten. Mangel und Teuerung sind die Kennzeichen unserer Kriegswirtschaft, besonders aber unserer Ernährungswirtschaft. Und der Hinweis auf das feindliche Russland, in dem es angeblich ebenso ist, kann uns nicht überzeugen. In England, dem die ganze Welt zur Verfügung steht, kann ichwohl ein Zustand eintreten, wie jetzt bei uns; Frankreich und Italien nehmen teil an den englischen Hilfsquellen, und Russland mit seinem ungeheuren Agrargebiet ist in seiner Ernährungswirtschaft auf fremde Hilfe nicht angewiesen. Wenn in Russland einmal Siedlungen in der Nahrungsmittelversorgung eintreten, so handelt es sich um Fehler in der Organisation und um örtliche Ercheinungen, niemehr aber um einen Mangel, der für die Gesamtheit der Bevölkerung bedenklich werden könnte. Mag sonst in Russland manches nicht stimmen, zu essen haben die Russen unter aller Umständen mehr als wir.

Die namhaften Vorräte an ausländischem Zuschuß, die bei Ausbruch des Krieges im Lande vorhanden waren, ließen uns zuerst den Ernst der Sachlage nicht erkennen. Diese Vorräte waren auch auf dem Gebiete der Nahrungsmittel so bedeutend, daß darüber die Erwagung, wie es um unsere Ernährungswirtschaft bestellt ist, wenn wir ganz auf die eigene Produktion angewiesen sind, ganz in den Hintergrund trat. Leider ist diese Frage nie mit der wissenschaftlichen Gründlichkeit, die wir sonst auf nebensächlichere Dinge vertwendet haben, behandelt worden. Der gegenwärtige Notzustand beweist uns die Unzulänglichkeit unseres Ernährungssystems und wir spüren es jetzt am eigenen Leibe, daß die deutsche Landwirtschaft, entgegen allen Behauptungen von agrarischer Seite, nicht in der Lage ist, das deutsche Volk ausreichend zu ernähren. Es wäre schlimm um uns bestellt, wenn sich erweisen würde, daß der uns zur Verfügung stehende Boden nur einmal nicht ausreicht zur Ernährung der Gesamtbevölkerung. Schlimmer aber wäre es, wenn Fehler des Systems und der Organisation oder wein gar persönliche Willkür zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen des Volkes mitführen könnten.

Der Kriegszustand legt uns in unserer Lebenshaltung und in allen Einzelgebieten des bürgerlichen, beruflichen und wirtschaftlichen Lebens sehr starke Einschränkungen auf, die am empfindlichsten in der Ernährungswirtschaft in die Ercheinung treten. Wenn angesichts solcher kritischen Zustände die Forderung erhoben wird, daß auch die Landwirtschaft, wie alle anderen Produktionsgebiete, das Höchstmaß der möglichen Leistung erreicht, so geschieht das allen denen, die in der jetzigen schweren Zeit das Allgemein-

Interesse über das Interesse einzelner Bevölkerungsschichten stellen, als eine Forderung der Selbstverständlichkeit. Welches Beweinden es im Range erregt, wenn dieser Forderung Widerstand entgegengesetzt wird, scheint man sich in den in Betracht kommenden Kreisen nicht in ganzer Tragweite bewußt zu sein. Und wenn selbst die verantwortlichen Leiter unserer Ernährungswirtschaft sich gegenüber der Forderung des Landwirtschaftlichen Produktes zwangsläufig abheben und behalten und hier den Grundatz der Freiwilligkeit vertreten, so ist das eine der unbegreiflichsten Ercheinungen dieses Krieges. Der Eindruck, daß hier mit zweierlei Maß gemessen wird, verschärft sich mit jedem Vergleich, den wir nach andern Gebieten hin ziehen. Tritt der eiserne Zwang des Krieges nicht in allen Verhältnissen zutage? Müssten wir uns nicht in hundertfältiger Weise Zwang auferlegen, um den schweren Anforderungen dieser österreichischen Zeit zu

die Bevölkerungszahl festzuhalten und die Statistik sich auf einem gesicherten Kulturfundament aufbauen kann, sollte es kein Kunststück sein, das wirkliche Bedürfnis der Bevölkerung an landwirtschaftlichen Erzeugnissen festzustellen. Und in jedem Bundesstaat ist die Mehrheit der Einwohner der Ansicht, daß die Landwirtschaftlichen Ministerien dazu da sind, diese Berechnungen auf eine so sichere Grundlage zu stellen, daß damit im Grundsache die Probe aufs Exempel gemacht werden kann. In der Theorie hat man ja auch dieses und manches andere berechnet und unsere einschlägige Literatur wimmelt von Statistiken. Aber in der Praxis heißt es jetzt rationieren, das zu tun und Preise bezahlen, von denen sich vor dem Kriege selbst die unternahmungsfähigsten Agrarier nichts haben träumen lassen.

Die Abhängigkeit, in der sich jetzt die nicht agrarische Bevölkerung befindet, läßt uns in einen Abgrund stürzen. Dieser Abgrund gähnt zwischen Stadt und Land. Drüben der gesicherte Besitz des Bodens, der die Nahrung herbringt, die Handels- und Vermögensobjekt ist wie jede andere Ware und darum in ihrem Quantum, ihrer Beschaffenheit, ihrer Zusammensetzung und momentlich in ihrer Preisentwicklung spekulativen Einflüssen unterliegt. Hüben die Masse der Industrie- und Stadtbewohner, die unter allen Umständen auf die Nahrungsmittelversorgung angewiesen ist. Wie steht der Grad der Abhängigkeit sich zu zeigen kann, beweisen uns die jetzigen Zustände. Als zwingendste Folgerung des Krieges ergibt sich für die Zukunft die Forderung, daß die Fundamentalfrage der Volksernährung aus dem Riebeau der privatkapitalistischen Hausratswirtschaft herausgehoben werden muß. Wenn irgendwo die elementare Notwendigkeit vorliegt, den Gesichtspunkt der Allgemeinwirtschaft den Interessen der Privatwirtschaft voranzustellen, so ist es hier der Fall. Die Frage der austümmlischen Ernährung darf in Zukunft nicht mehr der privaten Verantwortlichkeit der agrarischen Produzenten überlassen werden, sondern durch den Staat und durch die Gesetzgebung ist die Gewähr dafür zu schaffen, daß Erzeugung und Verbrauch in einem richtigen Verhältnis zueinander stehen. Und selbstverständlich haben die zuständigen Behörden die Verantwortung hierfür zu übernehmen. Da wird es allerdings ohne einen gewissen Produktionszwang gegen den man auch jetzt inmitten der Kriegsnot eine so zarte Seide beobachten, nicht abgehen. Dann dürfte und könnte es nicht vorkommen, daß man den Preis für ein bestimmtes Produkt fürstlich in die Höhe schiebt, indem man die Anbaufläche vermindert und in diesem Produkt eine Knappheit hervorruft. Der Staat wird es im eigenen Interesse nach dem Kriege sehr nötig haben, eine auf das Gesamtwohl gerichtete Bevölkerungspolitik zu treiben. Die Bevölkerung hierfür ist die Agrarfrage. Es entspricht aber nicht dem Gemeinwohl, wenn der Bauer und der Großgrundbesitzer die Anbaufläche für Kartoffeln nach eigener Willkür zurückgehen lassen darf, um dafür Hafer zu säen, der sich nach der Konjunktur besser bezahlt macht. Wenn die Regierung das Prinzip des Produktionszwanges so durchaus schafft, dann hat sie zum mindesten die Verantwortung für den Ausgleich zu übernehmen und in eigener Stieg diejenigen Produkte anzubauen, deren Erzeugung in den privaten Betrieben nachläßt.

Das sind freilich Forderungen, deren Erfüllung auf dem Gutachtenstand einer noch recht unsicheren Neuorientierung liegt. Wie die Neuorientierung auf agrarischen Gebiete aussehen wird, läßt die Zukunft vermuten, daß die preußische Regierung jetzt in dieser Sturm- und Drangzeit mit einer Gesetzesvorlage kommt, deren Zweck es ist, den landwirtschaftlichen Betrieb nach mehr zu privilegieren, als es bisher schon der Fall

**Wer Rat braucht in Fragen des Hilfsdienstgesetzes, wende sich immer zuerst an die Ortsverwaltung des Verbandes!**

um, die Vorrechte einzelner Großgrundbesitzerfamilien in noch stärkerem Maße auf die Allgemeinheit zu bringen, den Großgrundbesitz noch entschiedener zu festigen. Auch im preußischen Landesamtshaus sind gegen die Fideikommissarische Lage starke und vorzügliche Bedenken ausgesprochen worden und der Versuch, eine solche Vorlage jetzt im Kriege einzubringen, wurde als ein Bruch des Kriegsfriedens bezeichnet.

Eine Bodenverteilung, die den Grundbesitz verfolgt, den Grünen noch darüber fordern zu lassen und den kleinen auszusaugen, wäre verderbt. Es taugt nichts für die Allgemeinheit, wenn die Macht einzelner weniger Großgrundbesitzer so überwiegend ist, daß sie die bestimmenden Maßnahmen für die ganze Agrarpolitik aufstellen können. Das der landwirtschaftliche Großbetrieb rationeller ist, trifft keineswegs auf jeden Fall zu. Es gibt Großgrundbesitzer, die von der Landwirtschaft keine Ahnung haben und sehr schlecht wirtschaften. Aus vielen Fideikommissen liege sich ein weitaus höherer Renditeertrag heraus, wenn sie auf selbständige Kleinbauern aufgeteilt würden. Gegenden, in denen die Fideikommisswirtschaft überwiegt, leiden an starker Arbeitsmehrung, weil die Bevölkerung keine anderen Erhaltungsmöglichkeiten als die der Gutssiedlungen findet. Am Ende des Jahres 1909 waren in Sachsen 674000 Hektar, das sind 27 Millionen Morgen, in 180 Fideikommissen gebunden. Eine ungeheure Verlagerung des Bodenbesitzes in die Hände weniger Großgrundbesitzer nimmt der Bevölkerung die Entwicklung- und Bewegungsfreiheit.

Der neue Gehekenkonsort stellt nun zwar gewisse Richtlinien auf, indem er eine Höchstgrenze von 10 v. St. der landwirtschaftlich genutzten Fläche für die fideikommisarische Bindung zu ziehen sucht. Wie es kommt jedoch in der Wirklichkeit heraussieht, ist schildert eine im "Berliner Tageblatt" veröffentlichte Befehlschrift wie folgt:

Im Regierungsbereich Sachsen sind nach weniger als 21 v. St. der Gesamtfläche fideikommisarisch gebunden. Die beiden Nachbarländer des Regierungsbereichs Sachsen zeigen: Thüringen eine Bindung von über 15 v. St., Sachsen eine solche von über 10 v. St. auf. Im Jahre 1914 erreicht die Bindung fast 30 v. St. im Regierungsbereich Sachsenburg über 28 v. St. Diese Zahlen umfassen allerdings die Schulpflege mit. Der Regierungsbereich Sachsen und jedoch nicht sehr wahrscheinlich und tatsächlich befinden sich dort auch weniger als 21 v. St. des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens in der Hand der Fideikommisarier.

Sonst nicht also, noch erheblicher Prozentsatz des Großgrundbesitzes fideikommisarisch festgelegt ist. Es liegt sich natürlich nicht behaupten, daß unter Agrarchem die Bindung dieses Vertrages glänzend bestanden hätte. Wir sind nachdrücklich und im besonderen landwirtschaftlich ganz und gar nicht auf einen Sieg nach allen Fronten einzugehen gesetzt. Das mit unseren Systemen und unserer Organisation ist es keineswegs auf allen Gebieten so glänzend bestellt, wie es immer behauptet wird. Unsere Ernährungswirtschaft ist eines der unzureichendsten Kapitel in der Geschichte dieses Krieges und wir müssen jetzt durch Erziehung und Selbstbeherrschung aufzurütteln, was vorher in Organisation und Fortbildung vernachlässigt wurde. Unter keinen Umständen darf das in Zukunft so weitergehen, sondern es muß von einer für die Ernährungswirtschaft verantwortlichen Regierungsaufteilung die Mittelmaßen für Ernährung und Ertrag aufgestellt. Die Führung bereitwilliger Seiten der Partei führt in Selbstverhandlung, 1909 ist sie für die Belange des Volkes aber in es, wenn das Regierungsbereich sich zu einem politischen Reichsfaktor entwickeln kann, der die Regierung in ihren Entscheidungen beeinflussen kann.

## Die Mitgliedschaft, Bezeichnungen sowie die Funktionen und Ausgaben des Verbandes in den Kriegsmonaten.

Das ganze Berichtsjahr 1916 handelte haben wir durch die monatlich bei der Hauptversammlung durch die Zusammensetzung der Beauftragten unsere Zusammensetzungen über den Stand der Organisation gemacht, die Zusammenstellungen jedoch wegen Platzmangel im Zeitungen nur vereinfacht wiedergegeben.

Die bestehende Tabelle gibt eine Übersicht, wie sich die Zusammensetzung in der Organisation während des Krieges geändert hat.

Wir haben am Anfang des Jahres 1915 31658 Mitglieder im Kriegsdienst, dagegen am 31.12.16 männliche und 176 weibliche Mitglieder in der Demobilis. als bestragte Mitglieder. Dabei sind die im Kriege gefallenen oder an ihrem Stande oder Krankheiten gehinderten Mitglieder im Kriegsgebiet erst jetzt noch abgerechnet, weil wir uns bewußt die Ziffernreihen trennen, die in unserer Ausgabe keinen Raum wünschen, was in der Demobilis nur bei bestragten Mitgliedern ist; deren Zahl erfüllt mit durch ihre Frauen. Es wird nach diesen Zahlen also zu dem gegenüber von mir mit leider damit rechnen müssen, daß wir in diesen Krieg einmündeten 2400 Mitglieder durch den Tod verloren haben.

Die Tabelle stellt für alle jetzt so, daß wir nach eingetretener Zeit im Kriegsdienst gefallene Mitglieder

3698 männliche Mitglieder haben wirreden, davon sind 31658 oder 86,8 v. St. der Gesamtzahl im Kriegsdienste und 3806 oder 1,1 v. St. der Gesamtzahl befinden sich noch im Arbeitsverhältnis.

Von 31658 Mitgliedern im Kriegsdienste waren 12893 verheiratet und hatten insgesamt 16884 Kinder unter 14 Jahren zu ernähren.

Die Zahl der neu aufgenommenen Mitglieder hat im Dezember 1916 mit 208 Neuanfragen den letzten Stand aller Monate erreicht. Leider wird bei der Versteigerung des Abgabebetragsgebietes, das immer mehr in die Entwicklung tritt, denn nach unserer Erfahrung haben wir im ganzen Lande mit höchstmöglichen 18000 männlichen Arbeitern in unserm Berufe zu rechnen. Vor dem Kriege gab es in Deutschland allein 108000 Bader- und Schönheitsgehilfen dazu die angelernten Hilfsarbeiter in Blätter-, Konfektion- und in der Schuhwarenindustrie), die Werbemöglichkeit zur Gewinnung neuer Mitglieder immer geringer werden und lediglich sind es noch die jungen, eben aus der Lehre kommenden Kollegen, die wir für die Organisation gewinnen können, bis nach kürzer Zeit der Mitgliedschaft auch sie zum Kriegsdienste eingezogen werden.

Das Beitragsverhältnis der Mitglieder war mit einigen Abweichungen das ganze Jahr hindurch ein gutes zu nennen, wozu allerdings wesentlich mit Beitrags, daß es nur zu Beginn des Jahres hier und dort zeitweilig noch einige arbeitslose Mitglieder gab, das aber gegen den Schluß des Jahres arbeitslose Männer in unserem Berufe nirgends mehr zu finden waren. So kommt es, daß durchschnittlich auf jedes Mitglied im Quartal 13 Beiträge entfallen.

In den Erfahrungen der Organisation für die Monate November und Dezember sind rund 31600 Zinsen für belegte Kapitalien enthalten, außerdem eine besondere Zuwendung einer der Organisation nahestehenden Unternehmung mit 300 im ersten Unterstützungs-

Die Ausgaben des Verbandes sind sich ziemlich gleich geblieben, erscheinen nur in jedem letzten Quartal

noch etwas höher, weil dann immer die Druckerbedarf für das Quartal mit eingerechnet wurde. Unter den Ausgaben für Dezember sind 10500 Weihnachtsunterstützung an die Familien der zum Kriegsdienst eingesetzten verheirateten Mitglieder enthalten.

Gezeigt kann werden, daß bei Beginn des Krieges es wohl niemand in den Reihen unserer Mitglieder für möglich gehalten hätte, daß wir noch zweieinhalbjähriger Kriegsdauer noch so exakte, im Statut nicht vorgegebene außerordentliche Unterstützungen vornehmen würden. Diese besonderen Abgaben waren nur möglich, weil in Friedenszeiten darunter gesorgt wurde, einen guten Bezugswertstand der Organisation zu halten, weil auch im Kriege in der Beitragsabrechnung die Mitglieder in prompter Weise ihre Pflicht erfüllen und weil wir fast nicht mehr mit Lebensmittelunterstützung zu rechnen hatten. Mit der Lebensmittelunterstützung sind auch die Ausgaben für die Krankenunterstützung in den letzten Monaten des Jahres aufzulösbarweise beträchtlich gestiegen.

Zu der Lebensmittelunterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer haben vielfach die Bahnhöfe aus lokalen Mitteln, die durch besondere Sammlungen und freiwillige Zuwendungen zusammengebracht wurden, noch kleine Spenden geleistet, wie auch vielfach aus diesen bewohnten Horden den Verbandsmitgliedern im Kriegsdienste kleine Pakete zugesandt wurden.

Erfüllt es auch uns und jedes Verbundenseins mit bitterer Scham, daß durch diesen Weltkrieg und auch unserer vom Kriege so vorzüglich funktionierende und ich immer weiter entzücklich entstehende Organisation einen solchen harten Schlag bekommen und den größten Teil ihrer Mitglieder an den Kriegsdienst abgeben musste, so läuft uns die enge Verbundenheit und der rechtsfreundliche Verkehr der Mitglieder im Felde mit ihren Zahlstellen des Verbandes und mit der Hauptverwaltung doch die schiere Hoffnung, daß, wenn endlich mal das lange erwartete Ende des Krieges kommt, diese Kollegen fast aufenthaltlos wieder den Weg in unsere Organisation finden und als treue Mitglieder und Kämpfer dann auch in vollstem Maße ihre Pflicht wieder erfüllen.

Monat	Zahlnahmen von Trägern	Summe militärischer Dienste	Summe eines befreiten Mannes im Kriegsdienst	Summe noch vorhandener Männer	Beiträge, die im Kriegsdienst abgegeben wurden	Aufnahme eines Mutter- und Kindes-Mitgliedes	Aufnahme eines alten und erkrankten Kriegsgegners	Ausgaben der Hauptverwaltung			
								Arbeitsleute	Arbeitsleute	Mutterleute	Familien
1914: Durchschnitt von Januar bis Juli	845	—	29116	98248	320	51807	45688	11605	832	10495	—
August	1221	2211	26587	69457	3,87	37036	37988	16115	198	7041	696
September	888	1709	9820	129266	3,52	37500	43987	15668	101	2198	2770
Oktober	434	857	10777	18895	3,54	37108	40808	6555	71	1476	1888
November	536	1276	12053	18153	3,54	38902	46639	4268	15	1286	1889
Dezember	261	960	18018	17554	3,68	36356	44573	3551	52	1207	208
1915: Januar	440	361	13574	17133	3,47	31822	40868	8984	81	1186	18610
Februar	371	2140	16014	15864	3,48	28857	38076	6488	108	1864	19650
März	326	2629	18643	12989	3,77	28111	26667	16139	107	1718	1460
April	448	1074	12363	47166	3,81	26413	24145	4585	148	1305	140
Mai	311	541	20255	12193	3,39	22026	18777	1515	65	1114	—
Juni	301	1069	21297	11865	4,00	21650	16191	481	16	1874	617
Juli	358	955	22928	10763	4,26	22992	17701	706	—	2851	865
August	492	575	22857	10680	4,18	22055	16057	665	—	2607	825
September	457	939	23796	10198	3,88	20593	16166	704	—	2745	524
Oktober	452	782	24578	9868	4,15	22928	12981	656	5	2617	306
November	410	576	25454	9402	3,93	23724	20291	513	18	2444	456
Dezember	290	582	26036	9110	4,78	45079	38092	498	38	2604	515
1916: Januar	346	465	26501	8991	4,16	19444	13508	1144	37	2529	528
Februar	385	442	26943	8934	4,14	19551	14046	1013	21	2657	715
März	461	566	27509	6829	4,11	19257	25539	1372	—	2775	488
April	379	167	27976	8741	3,52	18508	15005	1308	—	2758	754
Mai	537	417	26398	8661	3,90	19172	16548	2085	—	2754	520
Juni	302	408	28801	8555	4,07	19264	18767	1594	18	2502	488
Juli	279	319	29120	8515	4,12	18714	15527	1399	21	3167	1985
August	251	411	29531	8357	4,26	19359	15074	1305	25	2845	2000
September	382	553	30084	8134	4,06	18107	19781	1068	—	2319	848
Oktober	381	493	30577	8029	4,28	18355	15560	667	28	2188	965
November	340	668	31185	7754	4,13	26132	14100	467	—	1840	2108
Dezember	203	473	31658	7484	4,23	25686	52917	536	—	3610	42540
Summa:				10538	31658	31658	7484	—	737809	732053	86392
149 weibliche Mitglieder durch Übersiedlung in andere Verbände verloren.				7168							
149 weibliche Mitglieder durch Übersiedlung in andere Verbände verloren.				67022							
149 weibliche Mitglieder durch Übersiedlung in andere Verbände verloren.											

Die Ausdehnung der Verpflichtung zur Entfernung von Abschlägen, die in dieser Verhältnisfrage liegt, ist im Interesse der Arbeitnehmer wie in dem der Kriegswirtschaft, deren Abschlägen kein zeitweiliges Brachliegen von Arbeitern erlaubt, notwendig geworden. Da sich nämlich jeder Arbeitgeber, der einen aus einem Hilfsdienstleistigen Arbeitnehmer einstellt, strafbar macht, und da auf der anderen Seite in sehr vielen Fällen nicht oder nicht recht und mit Sicherheit festzustellen ist, ob der Betrieb, aus dem der Arbeitnehmer kommt, zu den Hilfsdienstbetrieben im Sinne des Gesetzes gehört, haben die Arbeitgeber vielfach die — von ihrem Standpunkt verständliche und richtige — Praxis angewandt, Hilfsdienstpflichtige grundsätzlich nur mit Abschlägen einzustellen. Allgemeinheitlich sich dieses Verfahren — und das liegt sehr nahe — so würden Hilfsdienstpflichtige Arbeitnehmer ohne Schein vor Ablauf der zweijährigen Frist nach der im Betrieb steht mehr ein Sohn genötigt zu werden braucht (§ 19 des Gesetzes), üblicherweise beim Arbeit finden. Dasselbe soll also fünfzig, jeder Arbeitgeber den Arbeitnehmern erlauben. Freilich kann ihm dies billigerweise nicht zugemessen werden, wenn er bei Auflösung des Arbeitsvertrages nicht zustimmt. Aber auch in diesem Falle soll ein Neuer des Arbeiters in seinem und im allgemeinwirtschaftlichen Interesse vermieden werden. Einmal wird darum der Arbeitgeber, der sich weigert, den Arbeitnehmern auszuholen, verpflichtet, den Hilfsdienstpflichtigen in Arbeitsbedingungen weiterbeschäftigen, die mindestens nicht ungünstiger sind als die bisherigen. Zugleich kann der Hilfsdienstpflichtige von dem Vorsitzenden des Ausschusses, der über Beschwerden wegen Verweigerung des Abschlags entscheidet, eine schriftliche Auskunft darüber verlangen, ob der Betrieb, aus dem er austreten will, ein Hilfsdienstbetrieb im Sinne des Gesetzes ist. Verneint dies die Instanz, so kann der Hilfsdienstpflichtige von jedem anderen Arbeitgeber sofort eingestellt werden, ohne dass letzter sich strafbar macht. Eine andere als diese Rechtsvorstellung hat der erwähnte "Vorbehalt" nicht; der urwirtschaftlichen durch das Gesetz geregelten Entscheidung über den Hilfsdienstcharakter des Betriebes greift er in keiner Weise vor.

Die Pflicht des Arbeitgebers, den hilfsdienstpflichtigen Arbeitnehmer, dem er den Abschlag verweigert, weiterzubeschäftigen, entspricht die Pflicht des Arbeiters, der gegen die Verweigerung Beschwerde einlegt, bis zur Entscheidung der Beschwerde sein Belegschaftungsverhältnis im Betriebe fortzuführen — es sei denn, dass ihm die Fortsetzung nach den Umständen des Falles nicht zugemessen werden kann (bei Mißhandlung, gewöhnlicher Verleidigung, Gesundheitsbedrohung usw.). Ob diese Voraussetzung vorliegt, entscheidet auf Antrag durch den Arbeitgeber oder Arbeitnehmer der Vorsitzende des Reichsverdienstschusses.

Der Vorsitzende muss auf einem besonderen Blatt, getrennt von den Urkundenarten des Hilfsdienstpflichtigen, erläutern werden. Er muss Angaben über Namen der Firma des Arbeitgebers oder der Organisation, Ort, Straße und Hausnummer der Beschäftigungsstelle, wo der Hilfsdienstpflichtige zuletzt tätig war, und über die Dauer der letzten Beschäftigung enthalten. Er ist ebenso wie die oben erwähnte Auskunft schriftlich. Auch das Verfahren vor den verschiedenen Ausführungen des Gesetzes und vor deren Verwenden sowie vor der Zentralstelle beim Kriegsamt ist frei von Stempel- oder Gebührenbelastung.

Einige Bestimmungen regeln das Verfahren vor dem Ausschuss und der Landeszentrale für alle. Es mag er wähnt sein, dass die Vorsitzenden wegen unentzulindigen Ausbleibens oder unerfüllbaren Verjährungs- und wegen unberechtigter Verweigerung einer Aussage Ordnungsgeldstrafen bis zu M 100 verhängen können. Die Zentralstelle und die Ausschüsse sind befugt, die Anwaltskammer die eidliche Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen zu erlauben.

Eine Strafverfolgung ist bei der Maßregelung von Arbeitern und Angestellten wegen der Teilnahme an den Wahlen zu den Vertreter- und Angestellenausstechen der Betriebe oder wegen ihrer Tätigkeit in diesen Ausstechen vor. Arbeitgeber oder deren Vertreter, die Arbeiter oder Angestellte im Zusammenhang mit den Ausstechen und der Auskunftsfindigkeit bestrafen oder bestrafen lassen, werden mit Geldstrafe bis zu M 300 oder mit Haft bestraft für die Arbeitnehmervertreter in den Hilfsdienstausstechen und in der Zentralstelle beim Kriegsamt in einer ähnlichen Schutz bereits durch § 8 der Verordnung vom 21. Dezember geschaffen.

Für die Hilfsdienstpflichtigen, die nach Empfang der besonderen, öffentlichen Anforderung, nach einer Hilfsdienstbefreiung zu suchen, eine polizei geründet haben, ist eine Anzeige ge pflichti vorge sehen. Die Anzeige ist unverzüglich zu erstatten, an den Ausschuss, von dem die Anforderung ausgegangen ist, zu richten und vom Arbeitgeber durch seine Unterschrift zu bestätigen. Bei Unterlassung der Anzeige kann Geldstrafe bis zu M 20 verhängt werden. Befehl für die Anzeige werden dem Anforderungsbehörde beigelegt.

Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

#### Darstellung.

Vom 5. bis 10. Februar gingen bei der Hauptstelle des Verbändes folgende Beiträge ein:

Für Januar: Stendal M 7,55, Eissen 225,79, Flensburg 121,03, Landsberg a. d. R. 10,25, Roßdorf 40,11, Lüdenscheid 137,94, Nettetal-Gimborn 16,80, Görlitz 184,91, Bielefeld 20,30, Duisburg 72, Berlin 240,93, Aachen 28,75, Hamburg 63,25, Halberstadt 21,97, Bernburg 44,51, Coburg 10,90, Dresden 146,18, Witten 15,45, Düsseldorf 12,30, Frankfurt a. M. 51,85, Halle a. d. S. 360,95, Bayreuth 58,55, Apolda 35,28, Berlin 41,50, Würzburg 40,40, Gießen 126,67, Braunschweig 30,05, München 1038,88.

Von Einzelzahler der Hauptstelle: R. S. Wallenstedt 4,6, O. St. Spiegelau 6,50.

Für Abonnements und Abonnementen: B. Oberbrügge M 3,50, Eissen 3,90.

Zur "Geschichte der Bildner- und Stoffdrucker-Bewegung": Effen M 3, Frankfurt a. M. 3.

#### Der Kampftreiber. O. Greifas.

### Den Kollegen aus dem Seiter für Befreiung.

In die Verwaltung Berlin: Von Kollegen M. 3, M. 20. Früher quittiert M. 118,87, heute quittiert M. 50, zusammen M. 414,87.

#### Sterbetafel.

Meldung. Andreas Bode, Bückeb., 38 Jahre alt, am 6. Februar.

#### Kriegsverluste des Verbandes.

Bericht Chemnitz. Max Pohle (Limbach), Bückeb., 20 Jahre alt, gestorben in einem Lazarett.

Bericht Dresden. Erwin Großschäfer, Bückeb., 29 Jahre alt, gefallen.

#### Zur Kriegsschlacht.

#### Schließungen und Streiks.

#### Streik.

Der Gewerkschaftsbund Berlin-Tempelhof hat seit Anfang Februar übermäßig eine Beuerungszulage gewährt, und zwar in Höhe von M 5 wöchentlich. Der Lohn für Bäcker beträgt nunmehr M 50, für den Schuhmacher M 34.

Die Stettiner Milchwirker beschäftigt M. 2000, hat wiederum M. 2 pro Woche zugesetzt. Die Höhe sind jetzt folgende: M. 35, M. 36 und M. 41,50.

In der Westfälischen Metallwaren M. 2000, wurde durch Verhandlungen eine nochmalige Beuerungszulage von M. 2 erreicht, so dass jetzt die Höhe dort M. 35 für Maschinenarbeiter und M. 37 für Schmiede und Schlosser betragen. Somit kann man jetzt wieder in Hannover davon sprechen, dass in den größten Betrieben einheitliche Höhe ähnlich sind.

#### Beuerungszulagen im Gewerkschaftsbereich.

Der Bonnauer in Bonn-Münster hat jetzt die Beuerungszulage erhöht und beschlossen, auf die Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1917 wöchentlich M. 4 für männliche und M. 2 für weibliche Arbeiter zu zahlen.

Der Bonnauer in Münster (1914) gewährt seinen Bürgern ab 14. Januar 1917 durch eine Einzahlung von zwei wöchentlich je M. 3, im ganzen also M. 5.

#### Kampftreiber.

#### Gewerkschaftsmitglieder.

Chemnitz. In der Generalversammlung am 28. Januar gab Kollege Schmitt vor Einsicht in die Beuerungszulage bekannt, dass unter Mitglied M. Müller im Weißen beruhete, die Amateure erhoben haben von ihren Klagen. Betriebsleiter Weil gab dann ein klares Bild von der Leistung der Organisationsleitung am Ende. Zum Kreis eingeschlagen sind bis Jahresende 364 Kollegen. Betriebsvereinigungen haben 38 stattgefunden, die sich meistens mit den Beuerungszulagen beschäftigen. 27 von diesen Vereinigungen haben im Berufe der Verhandlungen partizipiert; das Entgegenkommen war meistens nicht so, wie man es erwartet hat. Deutlichste Vereinigungen haben einerseits gehandelt; der Besuch ist ein guter zu nennen. Betriebsvereinigungen jauden fehlt; hier muss jedoch betont werden, dass der Besuch ein weit besserer hätte sein können; außerdem haben noch 13 Vereinigungen gezeigt. Im Postverkehr waren über 13 000 Briefe abgestellt, mit Mitglied 13, 2. Quartal 819 Mitglieder mit 10 150 Beiträgen pro Mitglied 12, 3. Quartal 765 Mitglieder mit 10 532 Beiträgen pro Mitglied 13, 4. Quartal 743 Mitglieder mit 10 278 Beiträgen pro Mitglied 13. Es ist typisch, dass, wie erwartlich, die Mitglieder sich bemühen, die Beiträge pünktlich zu bezahlen, in der jetzt meistigen Meinung sind als früher. Langsam ermahnte noch weiter unsere Pflicht zu tun, um die Zahlreiche am der jetzigen Höhe zu halten. Auf Antrag Scherhoffs wurde dem Reichsverband Entlastung erteilt und Jahres- und Kostenbericht einstimmig angenommen. Bei den Böhmen zum Vorstand wurden in den Vorstand neu hinzugezogen: J. Scherhoff als Schriftführer, Franz Körber, als Kassenwart, als Erzähler Doe und Niedberg, als Rechtsanwältin und Weise.

Stuttgart. Am 4. Februar trafte im Gewerkschaftshaus unsere diesjährige Generalversammlung. Der Besuch war der Zeit entsprechend gut. Die Sitzreihen zeigten, dass es trotz des Krieges möglich war, den Mitgliedsstand von 1916 zu erhalten. Die Kasse kann eine Einzahlung von M. 6880,68 und eine Ausgabe von M. 5528,34 auf. Der Kostenbeitrag beträgt somit M. 552,65. Bei der Versammlung wurden die Kollegen Werner, Hoffmann, Müller, Weidner und Kram einstimmig in die Direktion gewählt. Der verfeindeten und gespaltenen Mitglieder wurde in der nächsten Reihe gedacht. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt. Kollege Wenz hielt ein kurzes, informatives Referat über: "Das Kriegs- betriebsleiter den kriegerischen Dienst". Allerdings kam der Bericht zum Ausdruck, dass die nächste Generalversammlung im Februar tagen möge. Hierzu wolle man seine volle Pflicht und Schuldigkeit in der Organisation erfüllen. Das ist man nicht geleistet den Kollegen im Felde zu thun. Von letzteren liegen eine Reihe Schreiben vor, die der Zahlreiche Größe und Geschwindigkeit übermittelt. Der Kostenbericht des Reichsverbands zeigt eine Einzahlung von M. 1497,82 und eine Ausgabe von M. 1522,67 auf. Von dieser Summe wurden durch die Sonderabgaben vom Stuttgart M. 1048,05 durch Sammelstellen ausgebracht. Zum Schluss dankte der Vorsitzende den Mitgliedern für die durchdringliche Unterstützung der Direktion und mahnte die Kollegen an, dass in diesem Jahre in beruflicher Weise am Rücken der Organisation mitzuarbeiten.

Wiesbaden. Am 35. Februar am Gewerkschaftsbereich abgehalten worden, während am 4.3. für Anteilnahme aufgerufen wurde. Die Generalversammlung vertrat M. 1050,22, der Kostenbeitrag M. 1004,88. Der Bericht wurde beschlossen als Stimme gewonnen. Die Vorstandswahlen wurden eben erledigt. Mit einem kräftigen Appell an die Mitglieder, im neuen Jahre den Vorstand in Ausübung seines Amtes häufig zu unterstützen und in der Berufung eines Vorsitzenden rechtzeitig zu sein, schloss der Vorsitzende Fried, die gut verlaufene Generalversammlung.

Wiesbaden. Im Westkreis. Zur Beuerung hielten wir am 14. Februar unsere Generalversammlung ab. Die Mitglieder waren zahlreich erschienen. Nur die Kollegen aus Standard hatten es nicht für nötig, die Versammlung zu besuchen, obwohl sie noch nicht einer Mitgliedschaft angeschlossen im Laufe des Jahres beigetreten hatten. Der Jahresbericht eröffnete der Vorsitzende Richard Scherhoff. Die Entnahmen betrugen M. 1240,81, die Ausgaben M. 929,11, bleibt also ein Bestand von M. 311,10. Die Vorstandswahl ging ziemlich gleich ab. Es blieb fast alles beim alten. Beitragsleiter Schreiter sprach über unsern Vorstand im letzten Jahr und ermahnte die Kollegen, dass der aktiven Zeit in welcher wir uns befinden, den Platz nicht zu verlieren, immer der Liebgemordeten Organisation die Freude zu bewahren und ihr noch mehr Mitglieder zuzuführen. Die Versammlung wurde dann mit einem kräftigen Applaus zur laufenden Mitgliedschaft auch in diesem Jahr geschlossen.

Wiesbaden-Altona. Die Generalversammlung am 30. Januar im Gewerkschaftsbereich rechte Kollege Strohn und ließ zunächst einen provisorischen Gesprächsführer machen, was zu Gebhardt befreundt wurde. Im Jahresbericht führte Strohn unter anderem aus, dass die Arbeitgeber ja die letzte Zeit zunäcch machen und den Kollegen den freien Tag einzuladen, was auch viel an der Sauberkeit der Kollegen mit liegt. Dann kam der Redner auf die Einstellung der Frauen in den Bäckereien zu sprechen und betonte, dass wir durch die Beuerungen und das Zusatzentgelt noch mehr Frauenarbeit in den Bäckereien bekommen werden. Weiter kam er auf die Lebensmittelversorgung; manche Kollegen können leider gar nicht genug Arbeitenden befriedigen. Bei Beurteilung der Nachfrage bei Standard kam Strohn wieder auf das Vorgehen des Gewerkschaftsbereiches zu sprechen, der ja am liebsten das ganze Nachfrageverbot zum Tempel wünschte. Die Saatzeitssitzungen in den Betrieben würden nicht eingeschalten und es wären viele Anzeigen erlaubt worden, die aber wenig erfollos blieben. Zuletzt nach Aufhebung der Wehrkasse bei es besser geworden. Zur Sitzung der Käthe wurde angekündigt, dass im heutigen Bericht die Durchschnittslöhne M. 39 pro Woche betragen; nur mit den Verhandlungen und der Gewerkschaft in den Bäckereien bekommen werden. Die Arbeitgeber nicht von ihrem Standpunkt abgehen. Zur Abrechnung waren die gemachten Ausschreibungen und vorbereiteten Beweise sehr dienlich. Über die neuen Abrechnungen sind bei den Fahnen, und die noch am Platz tätigen Kollegen stimmen so oft wie möglich am Vorstand und Kassier. In Süderohe Abrechnung der Sonnabendarbeit hat der Vorstand schon an die verfeindeten Betriebe eine Einzahlung gemacht. Den Kostenbericht erzielte Langhaar, er habe in vorheriger Generalversammlung schon betont, dass wir noch nicht über das Schlimmste hinweg seien, das ich im vorliegenden Jahre eingeräumt. Der Mitgliedsstand und die Beuerungszahl gehen aus nachfolgenden Berichten heran: 1. Quartal 822 Mitglieder mit 12 165 Beiträgen pro Mitglied 13, 2. Quartal 819 Mitglieder mit 10 150 Beiträgen pro Mitglied 12, 3. Quartal 765 Mitglieder mit 10 532 Beiträgen pro Mitglied 13, 4. Quartal 743 Mitglieder mit 10 278 Beiträgen pro Mitglied 13. Es ist typisch, dass, wie erwartlich, die Mitglieder sich bemühen, die Beiträge pünktlich zu bezahlen, in der jetzt meistigen Meinung sind als früher. Langsam ermahnte noch weiter unsere Pflicht zu tun, um die Zahlreiche am der jetzigen Höhe zu halten. Auf Antrag Scherhoffs wurde Entlastung erteilt und Kostenbericht einstimmig angenommen. Bei den Böhmen zum Vorstand wurden in den Vorstand neu hinzugezogen: J. Scherhoff als Schriftführer, Franz Körber, als Kassenwart, als Erzähler Doe und Niedberg, als Rechtsanwältin und Weise.

Stuttgart. Am 4. Februar trafte im Gewerkschaftshaus unsere diesjährige Generalversammlung. Der Besuch war der Zeit entsprechend gut. Die Sitzreihen zeigten, dass es trotz des Krieges möglich war, den Mitgliedsstand von 1916 zu erhalten. Die Kasse kann eine Einzahlung von M. 6880,68 und eine Ausgabe von M. 5528,34 auf. Der Kostenbeitrag beträgt somit M. 552,65. Bei der Versammlung wurden die Kollegen Werner, Hoffmann, Müller, Weidner und Kram einstimmig in die Direktion gewählt. Der verfeindeten und gespaltenen Mitglieder wurde in der nächsten Reihe gedacht. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt. Kollege Wenz hielt ein kurzes, informatives Referat über: "Das Kriegs- betriebsleiter den kriegerischen Dienst". Allerdings kam der Bericht zum Ausdruck, dass die nächste Generalversammlung im Februar tagen möge. Hierzu wolle man seine volle Pflicht und Schuldigkeit in der Organisation erfüllen. Das ist man nicht geleistet den Kollegen im Felde zu thun. Von letzteren liegen eine Reihe Schreiben vor, die der Zahlreiche Größe und Geschwindigkeit übermittelt. Der Kostenbericht des Reichsverbands zeigt eine Einzahlung von M. 1497,82 und eine Ausgabe von M. 1522,67 auf. Von dieser Summe wurden durch die Sonderabgaben vom Stuttgart M. 1048,05 durch Sammelstellen ausgebracht. Zum Schluss dankte der Vorsitzende den Mitgliedern für die durchdringliche Unterstützung der Direktion und mahnte die Kollegen an, dass in diesem Jahre in beruflicher Weise am Rücken der Organisation mitzuarbeiten.

#### Aus Aufschlussmerkblatt.

#### Bücher.

Überquerer Ritter, Chemnitz, für Fortbildung des Fortbildungsbürokratenerichts während des Krieges. Ein an das Kultusministerium gerichtetes Schreiben der Handelskammern Böhmen i. R. wegen Fortbildung des Fortbildungsbürokratenerichts für die Dauer des Krieges bestätigte ist.

auf die Gewerbezämmern. In der Gewerbezämmer-Ehrengesellschaft des Syndikus Dr. Voßler hervor, daß der Schulauskunft der Gewerbezämmer sich wiederholt mit der Frage der Verfehlung der Lehrlinge vom Fortbildungsschulunterricht während der Dauer des Krieges beschäftigt und daß er nochmals gegen eine allgemeine Bezeichnung der Lehrlinge ausgesprochen habe, da er einen geregelten Fortbildungsschulunterricht für die Ausbildung der zukünftigen Handwerksgeneration für unzureichend halte. Der Auskunft steht auf dem Standpunkt, daß Bezeichnungen vom Fortbildungsschulunterricht nur von Fall zu Fall erfolgen sollen, wenn Versicherungen oder sonst dringende Gründe vorliegen und nachgewiesen werden. Zu der weiteren Aussprache wurde auf den Lehrermangel in den Fach- und Fortbildungsschulen hingewiesen, aber auch davon, daß der Krieg für die Verfehlung der Lehrlinge von der Fortbildungsschule mit nicht als Rechtfertigung genommen werde. Die Lehrlinge können in theoretischer Beziehung nicht genug lernen, und daher sollte die Unterrichtszeit nicht verkürzt werden. Es sei daher auch nicht anzunehmen, daß das Kaufmannsamt dem Anhänger der Handelskammer Wien angeben werde. Dagegen stellte sich der Landtagsabgeordnete und Obermeister Wiener auf den Standpunkt der Fassung, die ja auf Kosten der Lehrlinge eine Fortbildung vorstellt, zu jüngster Versuchung eines Böttcher aus Bergisch Gladbach zweier Wiener in hoher Stellung, fügte aber hinzu, daß er sich gegen eine völlige Zeichnung der Gewerbezämmern entschließen würde. Die Delegierten der Gewerbezämmer haben jedenfalls zu erkennen gesesehen, daß die völlige Aufhebung der Fortbildungsschule für die Dauer des Krieges nicht nur nicht rechtfertig ist, sondern eine indirekte Schädigung des Handwerks sein würde, weil sie den Fortbildungsschulunterricht für unbedingt notwendig im Interesse der Ausbildung der zukünftigen Handwerker halte. Sozialdemokratie und das Kultusministerium waren die richtigen Söhne des Krieges, der leidende Personen der Fortbildung einen solchen Standpunkt einzunehmen. Ein guter und aufrichtiger Untertritt in den Nachschulen in Weise und inhaltlich besser als je und sollte jede mögliche Rücksicht erheben. Sie ertragen sich derartig der Standpunkt des Herrn Wiener mit den Bemerkungen der Zunahme gegen, daß die Lehrlinge keine wegen ungenügender Ausbildung befürchteten.

#### Großküche.

Zur Nürnberger fehlbündigen Großküche baten gegenwärtig über 2000000000 Pfund aus der Landesverbaud-Kasse, um leichter leichter Verteilung der Erstellung eines Geschäftsbüros. Es wurde durch den Leiter des Betriebes, Zöller, gewünscht. Die Nürnberger haben sich ihnen immer als recht ehrliche Gäste der Geschäftsgemeinde der fehlbündigen Handwerke angestellt und wollen es offenbar auch weiter so halten. Auf der Landesverbaud-Kasse wurde jedoch darüber gestritten, daß das Landesverbaud-Kasse darunter sehr zu leiden habe, daß die Beschaffung der Rohstoffe teurer geworden war. In vielen Sachen hätten die Handwerker kein Preis, nach Bruder oder Eier erhalten können.

#### Großindustrie.

Ein ganz vergleichbares Geschehen machte die Hamburger Feuerfabrik M. G. (die frühere Engländer) im vergangenen Geschäftsjahr; denn die Verwaltung der Feuerfabrik konnte die Auszahlung einer Dividende von 26% statt gegen 13 im Vorjahr in Betracht bringen.

#### Internationales.

##### Nachbackverbot in Österreich.

Der "Vorwärts" vom 12. Februar meldete, daß am 11. Februar die "Wiener Zeitung" eine ministerielle Verordnung betreffend das Verbot der Nacharbeit für Bereitung von Brot und sonstigen Backwaren, veröffentlichte. Die Wirksamkeit der Verordnung, die drei Monate nach ihrer Bekanntmachung in Kraft tritt, ist vorläufig auf die Dauer der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse beschränkt.

**Brotkarre und Arbeitslosigkeit in Schweden.** Die am 15. Januar in Schweden eingeführte Brotkarre und die dadurch entstandene Einschränkung des Brotverbrauchs soll nach Mitteilungen der Tagespresse im Bäckergewerbe große Arbeitslosigkeit hervorgerufen haben. Es seien 600 bis 700 Bäckereiarbeiter arbeitslos geworden, so daß die Leitung des Bäckerverbandes beim Minister des Innern einen Antrag auf staatliche Unterstützung für die Arbeitslosen stellt.

#### Schweinfleisch-Bauklau.

**Die Gewerbezämmern als Gewerbezämmerei.** Ausdrücklich auf der Internationalen Konferenz erweckt: zur Verbesserung der gewerbezämmern-Zentrale hat das Internationale Gewerbezämmerei-Zentrale in Berlin bei den Gewerbezämmern der Industriewirtschaft eingetragen, ob sie gewollt wären, um auf einer internationalem gewerbezämmlicher Konferenz, einzutreten zu lassen.

Die internationalen belgischen und deutschen Gewerbezämmern haben einer jungen Gewerbezämmerei zugestimmt, welche von englischer Seite keine Angabe über ein bestes eingetragen ist. Die internationale Gewerbezämmerei hat den Zusammenschluß ausgeschlossen, daß aus dem neuen nordischen Gewerbezämmerei zu verzichten sei.

#### Allgemeine Kündigen.

**Kontrollaufsichtsaufnahme am 1. März 1917.** Vom Kontrollaufsichtsaufnahme wird amtlich mitgeteilt: Auf die Gewerbezämmerei geht die Kontrollaufsichtsaufnahme, die für den 15. Februar 1917 angedacht ist, folgt die durch die Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers vom 3. Februar 1917 angeordnete Aufnahme der Borrat in Kartofeln für den 1. März 1917. Die Borratserhebung ist eine allgemeine und erstreckt sich sowohl auf die auf dem Lande bei den Erzeugern und in den Städten bei den Verbrauchern befindlichen Kartoffelvorräte. Die Borratserhebung ist als Unterlage für die in der Frage der Kartoffelversorgung zu treffenden Entscheidungen unerlässlich. In unmittelbarem Anschluß an die Bekanntsaufnahme findet eine Nachprüfung der angezeigten Mengen innerhalb der Kommunalverbände durch beauftragte Sachverständige statt. Diese Nachprüfung wird in ähnlicher Weise vorgenommen werden, wie sie im Anschluß an die Bekanntsaufnahme für Getreide angeordnet ist. Zur Erreichung eines zuverlässigen Ergebnisses wird der Schwerpunkt der Kartoffelbevorratserhebung in diese unmittelbar an die Erhebung sich anschließende Nachprüfung zu legen sein. Die Vertrauensmänner und örtlichen Kommissionen, welche bei der Nachprüfung der Getreidebevorratserhebung mitzuwirken haben, werden daher auch für die Nachprüfung der vom einzelnen angezeigten Kartoffelmengen in umfangreicher Weise herangezogen werden. Es ist Pflicht jedes einzelnen, die von ihm erfassten Anzeigen über die Kartoffelvorräte mit größter Gewissenhaftigkeit zu erstatzen.

die Sozialdemokratie den Krieg verhindern? Die Misere des Krieges. Die diplomatische Schuldfrage. Die Größe des Gefahrens. Die Stellungnahme der Sozialisten in den Staaten. Die russische Tattif und Theorie. Nation und Volksnationale. Bei Bedeutungen aus dem Felde. Beifügung des Beitrages. Die Zustellung ins Feld erfolgte. Das ausführliche Schriftenverzeichnis der Buchhandlung Vorwärts kostet 20.-.

**Spätessens am 17. Februar**  
ist der 8. Mahlzeitzeitung für 1917  
(18. bis 24. Februar) fällig.

**Mitglieder- bzw. öffentliche Verkündungen**  
(Wo nichts Besonderes vermerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendsitzungen.)

**Sonntag, 18. Februar:**

Halle a. d. S.: 8 Uhr im Gewerbehause, Hars 12/4.  
Lübeck (Generaloberbaumstr. 1): 8 Uhr im Gewerbehause, Johannistr. 50.

**Sonntag, 25. Februar:**

Hassel (Westliche für Baden) Befreiungs-  
Gesellschaft.

#### Auslagen.

**Roncallifette**  
"National" tanzt sofort. — Angebote unter J. H. 6699 an die Redact. dieser Zeitung.

**Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen**  
decken ihren Bedarf am besten bei Hans Derfuss, Schneidermeister, Hengasse 2, 1 Et.

#### Ratten und Mäuse

werden in einer Nachtkräutertablett durch mein Kammerjäger-Rezept. Preis M. 1,-. Nach diesem Rezept kann jede die Vernichtungspeise selbst herstellen, welche für ein Dutzend M. 1 kostet. Beste und billigste Vernichtung (M. 350).

P. Brüser, Überbrügge 22.

**REIDL'S**  
  
bei 9 Pfd. ab M. 120  
ab 25 " " 1,10  
50 " " 1,-  
100 " " 90  
ab Station Dresden gegen Nachnahme  
Grossisten Sonderpreise  
Rudolf REIDL  
Breidenb. 0,13  
Hermisdorfer Straße

**REIDL**  
BACK PULVER  
Bremen-D. 0,13  
Hermisdorfer Straße

bei 9 Pfd. ab M. 120  
ab 25 " " 1,10  
50 " " 1,-  
100 " " 90  
ab Station Dresden gegen Nachnahme

**Stoffe**  
Kriegsmischung, ca. 25 pck. Bohnenfassade  
10 Pfund Kartung M. 14,-

**12 Ammonium**  
10 Pfund Kartung M. 10,50

**Ia Backpulver**  
[M. 8] 10 Pfund Kartung M. 14,-

**Meyer & Keller, Worms u. Rh.**

**Das Beste für Brotbackanlagen!**  
**Glühtrümpe.**

Our prima Qualitätsware nach zu Original-  
Fabrikverfahren.

**Stichlicht 36 %, Hängelicht 37 %,**  
Extra schwere Qualität.

**Stichlicht 42 %, Hängelicht 43 %**  
per Stück 1,- je Stk. Bei 100 Stück dr. 50 Pf.  
Sonne für Stichlicht 3,- je per Stück.

Probierend geltet gern ab.

**Deutsche Glühlichtwerke, Grossen (Oder)**  
Berater gern.

M. 10,-

Die Preise der verschiedenen Bäcker, Hamburg, Breidenb. 57. — Berlin: O. Allianz, Hamburg. — Frankfurt: Frankfurter Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auct. & Co. in Hamburg.